

Vermögen für alle

VON LARS SCHÄFERS

Millionäre und Milliardäre galten in der deutschen Wirtschafts- und Sozialforschung bislang als nahezu unbekannte Wesen. Jetzt nicht mehr, denn das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat mittels einer neuen Zusatzstichprobe zur Messung der Anteile an Betriebsvermögen im Bereich hoher Vermögen die Datenlücke nun geschlossen. Das Ergebnis so ernüchternd wie erwartbar: Die Verteilung der Nettovermögen ist in Deutschland noch ungleicher als bisher angenommen: Die reichsten zehn Prozent halten über 67 Prozent des gesamten Nettovermögens. Piketty lässt grüßen.

Ist das gerecht? Noch drängender wird die Gerechtigkeitsfrage angesichts der Tatsache, dass im Umkehrschluss viele Menschen nur wenig oder gar kein Vermögen haben. Gerade diejenigen mit geringen Einkommen und ohne nennenswerte Ersparnisse sind es, die in der Coronakrise im Fall von Kurzarbeit, Jobverlust oder Insolvenz ungeheure wirtschaftliche Risiken tragen. Nicht zu Unrecht wird zur Bewältigung der Krise daher mitunter ein Lastenausgleich wie nach dem Zweiten Weltkrieg gefordert, der Hochvermögende stärker in die Pflicht nimmt. Dagegen spricht allerdings der hohe Anteil dieser Vermögen, die in Unternehmen investiert sind, wodurch Arbeitsplätze geschaffen werden und somit auch andere Menschen von diesem Kapital profitieren.

Neben der vielfach als Comeback der Vermögenssteuer geforderten Stärkung der Vermögensumverteilung gibt es politisch aber auch den Weg der Förderung der Vermögensneubildung breiterer Schichten. Sozialethisches Leitbild ist dabei die Wirtschaftsbürgerschaft in einer Gesellschaft von Teilhabern. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik der jungen Bundesrepublik wurde auf Basis dieser christlich-sozialethischen Position daher nicht nur „Wohlstand für alle“, sondern auch „Vermögen für alle“ angezielt. Jeder hat ein Recht auf Privateigentum, das ist die rechtliche Konsequenz der Lehre von der Allgemeinbestimmung der Güter der Erde gemäß katholischer Soziallehre.

Die derzeitigen Instrumente der Förderung der Vermögensneubildung wie Arbeitnehmersparzulage, Wohnungsbauprämie oder Riesterzulage scheinen zu dem Ziel einer breit gestreuten Vermögensbildung aber noch lange nicht genug beizutragen.

Das DIW schlägt selbst ein Instrument vor, um den Vermögensaufbau in der Breite der Bevölkerung zu fördern. Es plädiert für persönliche Vermögenskonten für alle, auf die der Staat (insbesondere für Menschen ohne Sparfähigkeit) einzahlt und auf die die Menschen ab einem bestimmten Alter dann zugreifen können. Die Idee eines „Erbes für alle“ klingt hier an. Über diese und weitere mögliche Ansätze zur Förderung der Vermögensneubildung und -streuung muss jedenfalls wieder verstärkt nachgedacht und diskutiert werden.

Eine breite Vermögensstreuung sowie die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand sind nicht zuletzt konstante Leitideen des Sozialkatholizismus. Diese traditionelle Reflexionslinie katholischer Soziallehre ist inzwischen eingeschlafen, sollte aber angesichts der aktuellen Debatten unbedingt wieder aus ihrem Dornröschenschlaf geweckt werden.



Der Autor ist Wissenschaftlicher Referent bei der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle (KSZ).

Die Kolumne erscheint in Kooperation mit der KSZ.

Foto: privat